

1/2011 € 2,00

der bajuware

DAS MAGAZIN DER JUNGEN UNION BAYERN



Grünes Gift

Wie sich die Mitte bei ihrem Flirt mit den Grünen selbst belügt

der bajuware *Wintertraum*

16. bis 18. Dezember 2011

Politik zum Wohlfühlen: *der bajuware* lädt seine Leser und alle Freunde der Jungen Union ein zum großen Wintertraum. Inmitten des schönen Bayerwalds wird von 16. bis 18. Dezember entspannt, gefeiert und politisiert.



Tauche ein in die über 3000 Quadratmeter große Wellness-Landschaft, verwöhne deinen Gaumen, rocke ab bei der *bajuware*-Partynacht und treffe auf Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft sowie die Mitglieder des JU-Landesvorstands.

Das wird ein Wellness-Wochenende auf höchstem Niveau: Für alle Leser und Freunde des *bajuwaren* zum Spezialpreis von nur 99 Euro! Im Preis inbegriffen: 2 Übernachtungen (DZ) mit großem Frühstücksbuffet, mehrgängiges Abendessen am Freitag und Samstag, kostenfreie Nutzung der riesigen Wellness- und Fitness-Landschaft, *bajuware*-Partynacht und vieles mehr ...

Die Plätze für den *bajuware* Wintertraum sind begrenzt. Deshalb schnell per E-Mail anmelden: redaktion@der-bajuware.de



www.bayerischerhof-rimbach.de

EDITORIAL

Das Kerngeschäft der Union

Wer mit wem? Kaum eine Frage interessiert die Menschen mehr. Und für den politischen Betrieb gilt das gleichermaßen. Besonders die Medien können sich erwärmen an dem Gedanken an einen heißen Sommerflirt zwischen den Grünen und der Union.

Schwarz und Grün, was über Jahrzehnte als krasser Kontrast galt, soll nun plötzlich eine ernsthafte Konstellation sein. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie hätten CDU und CSU die letzte Hürde für eine Zusammenarbeit mit der Öko-Partei abgebaut, wird gerne behauptet. Doch es gibt viele Gründe, die nach wie vor gegen ein solches Bündnis sprechen.

Die Union sollte daher nicht auf die vorübergehend guten Wahlergebnisse der Grünen schießen und sich ihnen anpassen, sondern sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: starke Wirtschaft, Arbeit für Alle, solide Finanzen, Familie, soziale und innere Sicherheit. Ökologie ist freilich ein ureigenes Thema der Konservativen und für die Union gerade im Verbund mit Ökonomie eine große Chance. Dafür aber braucht es die Grünen nicht.



Es grüßt Euch

Thomas Breitenfellner
Chefredakteur



6 Polit-Wellness für Wohlstandsverwöhnte

Fukushima gab den letzten Ausschlag, der Höhenflug aber hatte lange zuvor begonnen: Die Grünen sind hip. Die einstigen Öko-protestler ziehen gerade junge Besserverdiener in den Städten an. Dabei lassen Özdemir, Roth und Co. die Widersprüche zwischen Logik und Gefühl geschickt verschwinden. Doch wie bürgerlich sind die Grünen wirklich?

13 Pro & Contra – Gewerbesteuer abschaffen?

Kaum eine Steuer ist so umstritten wie die Gewerbesteuer. vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt will sie abschaffen, Städtetags-Präsident Hans Schaidinger an ihr festhalten.

14 Mehr Pflege für die Pflegeversicherung

JU-Landesvorsitzender Stefan Müller mahnt eine Reform der Pflegeversicherung an. Das derzeitige System widerspreche dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit.

16 Keine neue Sperrstunde

Eine neue Sperrstunde für Bayern? Dies schien konkret zu werden. Weil der CSU-Nachwuchs gegen eine Reform der bestehenden Regelung Sturm lief, ist das Thema nun vom Tisch.

17 „Eine moralische Pflicht“

Leben zwischen Hoffen und Bangen: Mehr als 12 500 Patienten warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Geht es nach der JU, soll sich das ändern.

18 Wechsel an Main und Isar

Die Kreisverbände der Jungen Union haben gewählt, in diesen Wochen ziehen die Bezirksverbände nach.

■ *bajuware regional*

Die Mitglieder der JU-Bezirksverbände München, Oberbayern und Schwaben finden im Mittelteil dieser Ausgabe einen Regionalteil.

■ **Sechs JU-Landesvorsitzende**, sieben CSU-Generalsekretäre und JU-Budgets, die aufsummiert viele Millionen Euro ausmachen: Eine Menge erlebt hat die „gute Seele“ im JU-Landessekretariat, Bärbel Pretzer. Im Kreise von Kollegen und Freunden aus der CSU-Landesleitung begibt die langjährige Buchhalterin der JU Bayern ihr 25-jähriges Dienstjubiläum. 1986 war sie vom damaligen JU-Landesvorsitzenden Alfred Sauter auf ein Inserat im Wochenblatt hin eingestellt worden. Ein Großteil der heutigen CSU-Spitzenpolitiker in Land und Bund hatte persönlich mit ihr zu tun. „Es ist schön zu sehen, wie sich die Leute entwickeln“, sagt



Seit 25 Jahren JU-Buchhalterin: Bärbel Pretzer (mit Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer)

Bärbel Pretzer, die sich in all den Jahren einen großen Vorrat an Anekdoten angesammelt hat. Bei Finanzfragen ist besondere Präzision nötig – dafür hat Bärbel Pretzer stets im Sinne der JU gearbeitet, ob bei Funktionären auf Ortsebene oder Führungskräften, die heute ein ganzes Ministerium unter sich haben. „In ei-

nem Vierteljahrhundert haben Sie an einer entscheidenden Stelle dafür gesorgt, dass junge Menschen Politik machen konnten“, gratulierte JU-Landeschef Stefan Müller. „Sie haben durch Ihre stets zuverlässige Pflichterfüllung die operative Arbeit der Jungen Union Bayern wesentlich mitbestimmt und erleichtert.“

■ **Neu im Landessekretariat**

Katharina Eichinger aus Regensburg ist neue Politische Referentin im JU-Landessekretariat. Sie hat Politikwissenschaft studiert und im Anschluss an ihr Studium ein Traineeship zum Junior Event Manager absolviert. Die Arbeit im JU-Landessekretariat kennt sie bereits aus ihrer Zeit als Praktikantin und freie Mitarbeiterin. Sie ist Beisitzerin und Internetbeauftragte im JU-Ortsverband Nymphenburg, einem der größten Ortsverbände in Bayern.



Mitwirken leichtgemacht: In der Jungen Union kann sich jeder einbringen.

Basis bestimmt den Kurs

Im Internet erarbeitet die JU Bayern ihren Leitantrag – jeder kann mitmachen

Andere reden von Basisdemokratie, bei der Jungen Union Bayern ist sie längst Wirklichkeit. Der Leitantrag „Entwicklung Bayern“, der auf der Landesversammlung im November beschlossen werden soll, wird auch im Internet erarbeitet – und jeder kann mitmachen.

entstehen. „So können viel mehr Leute mitmachen, als wenn man lediglich im Landesvorstand darüber debattiert“, freut sich JU-Landeschef Stefan Müller. Ob Stadtentwicklung oder Regionalmarketing – in den jeweiligen Einzelkapiteln kann man sich beteiligen.

sammlung konnten vorab online kommentiert und diskutiert werden – auch von Nichtdelegierten und Nichtmitgliedern. „Rund 300 Beiträge waren ein großer Erfolg“, so Müller.

www.entwicklung-bayern.de

Im vergangenen Jahr leistete die JU Bayern mit ihrer digitalen Antragsdebatte Pionierarbeit bei den Mitsprachemöglichkeiten der Basis: Die inhaltlichen Anträge an die Landesver-

In der Onlineantragsdebatte können Themen entwickelt, diskutiert und ergänzt werden. Auf diese Weise soll der Leitantrag zur Zukunft des Freistaats

■ **In Erinnerung an Rüdiger Hering**

Die Junge Union trauert um Rüdiger Hering, der im Alter von 34 Jahren bei einem Autounfall ums Leben kam. Der ehemalige JU-Kreisvorsitzende von Memmingen war seit fast 17 Jahre in der Jungen Union aktiv – fast genauso lange in der CSU und in der CSA. Für das Gemeinwohl engagierte er sich von 2002 bis 2008 als Stadtrat von Memmingen. In der CSU hatte er noch viel vor: Anfang April war er zum neuen CSU-Kreisvorsitzenden gewählt worden. Umso tragischer wiegt sein plötzlicher Tod. Die JU in Schwaben verliert mit ihm einen treuen und langjährigen Freund.



„Neuer Anlauf für Olympia“

München ist mit der Bewerbung für Olympia 2018 gescheitert. Sollte für 2022 ein neuer Anlauf genommen werden? Selbstverständlich! 2022, das wäre genau 50 Jahre nach den Sommerspielen 1972 in München. Bei den Winterspielen könnte man größtenteils auf die Infrastruktur der Sommerspiele zurückgreifen. Unter historischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten ist das doch wunderbar.

Mit dem gleichen Konzept? Mich hat bereits das Konzept München 2018 begeistert. Das sage ich nicht, weil ich aus Bayern bin. Ich bin davon überzeugt, dass es das beste Konzept war. Die Einbeziehung der olympischen Anlagen von 1972, die Ergänzung durch Neubauten, die München auch nach den Spielen hätte sinnvoll nutzen können, und die Verbindung zu Garmisch und dem Königssee waren gut durch-

dacht. Ich würde daher keine großen Änderungen vornehmen. **Welchen Nutzen hätten die Olympischen Spiele für Bayern?** Die Fußball-WM 2006 hat Deutschlands Bild in der Welt positiv geprägt. Durch Winterspiele in München kann sich der Wirtschafts- und Touris-

Oliver Schulte ist Sportexperte im JU-Landesvorstand.

musstandort Bayern im Rahmen eines der größten Medienereignisse der Welt präsentieren. Ganz Deutschland könnte profitieren.



■ **Waigel: „Hätten SED verbieten sollen“**

„Wir hätten 1990 die SED und ihre Nachfolgepartei verbieten sollen“, schreibt der frühere CSU-Chef Theo Waigel in einem Brief an unsere Redaktion (rechts). Waigel, seit Jahren bekennender bajuware-Leser, gratulierte zur Ausgabe, die sich mit der Wiedervereinigung beschäftigte (Titel: „Wider Vereinigung? Warum die SED-Erben ihre zweite Chance wittern“).



Polit-Wellness für Wohlstandsverwöhnte

Anspruch und Moral klaffen bei den Grünen auseinander wie eh und je

Fukushima gab den letzten Ausschlag, der Höhenflug aber hatte lange zuvor begonnen: Die Grünen sind hip. Die einstigen Ökoprotestler ziehen gerade junge Besserverdiener in den Städten an. Dabei lassen Özdemir, Roth und Co. die Widersprüche zwischen Logik und Gefühl geschickt verschwinden. Doch wie bürgerlich sind die Grünen wirklich?

Die Empörung flammte allenthalben auf. Kaum war die Kunde vom weit verbreiteten Missbrauch an katholischen Schulen an die Öffentlichkeit geraten, schon erhob sich der Sturm der Meinungen. Wider die katholische Kirche im allgemeinen und den Zölibat im besonderen äußerte sich die Mehrheit, mit einer verwegenen Einzelmeinung Augsburgs Bischof Mixa: Sei alles nur die Schuld der 68er und der „sexuellen Revolution“. Claudia Roth blies daraufhin die Backen auf und geißelte den Spruch des Bischofs als „beispiellose Verhöhnung der Op- ➤



Recht und Ordnung? Da haben Grünen-Politiker wie Christian Ströbele gänzlich andere Vorstellungen als CDU und CSU.

„Perveres Ritual“, sagt Jürgen Trittin: Viele Grüne lehnen Gelöbnisse, Schwarz-Rot-Gold und deutsche Nationalhymne ab.

fer“. Wie das halt so ist in der Politik, wo ein Wort das nächste gibt.

Claudia Roth, so stellt sich bei einem Blick auf die Frühgeschichte ihrer Partei heraus, hatte beim Stei-

derjährigen unter Strafe und behinderten damit „die freie Entfaltung der Persönlichkeit“. Daniel Cohn-Bendit schrieb in seinen Erinnerungen mit dem Titel „Der große Basar“ selbst über seine „Flirts“ mit

stets auf als die Partei des Atomausstiegs. Doch kürzlich waren sie drauf und dran, das schwarz-gelbe Konzept abzulehnen. Nicht, weil mit diesem Konzept die einst von Rot-Grün gesetzte Zielmarke für den Ausstieg verfehlt worden wäre, im Gegenteil. Den Grünen ging es vielmehr um ihr Alleinstellungsmerkmal: Die grünen Gralshüter des guten Gewissens zu sein. Nicht weil es falsch sei, sondern weil es von den Falschen stammt, schimpften Fundis wie Hans-Christian Ströbele bei der Abstimmung auf dem Sonderparteitag der Grünen gegen das Konzept. „Politisch motiviert“ sieht die JU-Landesschriftführerin Johanna Dittmann solche Manöver: „Dahinter steckt viel Kalkül.“

Es ist dieser Hang zum Kalkül, dieser Drang zur Macht, der die Grünen immer wieder zum inneren Widerspruch treibt. Etwa, was ihr

Verhältnis zur Technik betrifft: Die Grünen bezeichnen sich als die Partei der zukunftstauglichen Konzepte, der neuen Technologien – bekämpfen aber energiesparende, leise und zukunftsträchtige Konzepte wie den Transrapid, weil mit einer solchen Gegnerschaft besser Wähler zu fangen sind. „Sie sind schon traditionell einfach nur Bremser“, sagt der mittelfränkische JU-Chef Andreas Schalk. Die Grünen schürten denn auch Protest gegen Stuttgart 21 und kegelten damit Stefan Mappus (CDU) aus dem Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten. Dabei wussten sie, dass der Sturm letztlich wohl ins Leere geht. Einem Abbruch des Projekts stehen Verträge entgegen, und auch Koalitionspartner SPD will den tiefergelegten Bahnhof. Dementsprechend unentschlossen wirkt der Kurs des ersten grünen Ministerpräsidenten in Deutschland: Winfried Kretsch-

mann weiß selbst wohl schon seit längerem, dass Stuttgart 21 kommen wird.

Es war auf der anderen Seite die rot-grüne Bundesregierung, die einst mit der Befreiung von Pflanzenöl von der Mineralölsteuer den

des Umweltbundesamtes durch Biodiesel im Vergleich zu normalem Diesel im schlechtesten Fall nur 20 Prozent Treibhausgase eingespart. Dafür führt der Anbau in Monokultur zu mehr Pestizid- und Düngereinsatz. „Aus Umweltsicht ist Biodiesel nicht zu fördern“, zieht

■ **„Es geht heute bei grüner Umweltpolitik nur noch um das eigene Essen, Ökklamotten und getrennte Müllsammlung.“**

Jutta Ditfurth, ehemalige Grünen-Chefin

newerfen im Glashaus allerdings ordentlich Scheiben zerdeppert. Sex mit Kindern war früher geradezu ein Anliegen vieler Grüner. So forderte die grüne Bundestagsfraktion im Februar 1985, die Strafrechtsparagrafen 175 und 182 ersatzlos zu streichen. Sie stellten „invernehmliche sexuelle Kontakte“ mit Min-

Kindern. Heute bezeichnet er die Passagen allerdings lediglich als Erfindungen und schlechte Literatur.

Anspruch und Wirklichkeit klappten da – wie so oft bei den Grünen – weit auseinander. Die Liste der Beispiele verlängert man ohne große Mühe. Die Grünen führten sich

■ **„Logische Widersprüche werden in Kauf genommen, solange das Feeling stimmt. Eine Verlockung für das urbane Publikum.“**

Biospritboom ausgelöst hat. Vor sechs Jahren schlug der grüne Verbraucherschutzstaatssekretär Matthias Berninger vor, Tankstellen notfalls zum Biospritverkauf zu zwingen. Dabei bestritten Experten schon damals den Nutzen von Biosprit. Gute Absicht, schlechte Folgen: So werden nach Angaben

das Umweltbundesamt sein Fazit. Doch Bio klingt einfach charmant und musste von einer Partei beansprucht werden, die sich grün nennt. Nachteile werden dafür gerne in Kauf genommen. Sie kommen in Deutschland ja auch nicht oder nur mit Verzögerung an: Über 140 Millionen Tonnen Getreide ➤

wurden allein 2010 weltweit für Biosprit verbraucht – eine Menge, mit der man 400 Millionen Menschen ein Jahr lang hätte ernähren können.

Die Grünen sind keine Ökorumantiker, keine Idealisten. Sie sind eine Partei wie jede andere, die – in diesem Punkt anders als die anderen – unter dem Banner des guten Gewissens antritt. Logische Widersprüche werden in Kauf genommen, solange nur das Feeling stimmt. Eine große Verlockung vor allem für das urbane Publikum. Nach Erkenntnissen der Parteienforscher sind die Wähler der Grünen jung, gebildet und gut verdienend. Die Grünen sorgen nicht erkennbar für Arbeitsplätze, doch die Stimmabgabe für sie erleichtert das Gewissen. Für gut verdienende Städter ein starkes Argument. Sie hinterlassen überdurchschnittlich deutliche Spuren in der

Ökobilanz: mit größeren Wagen, mit häufigeren Urlaubsreisen auch in exotischere Ziele. Und auch der ordentlich getrennte Wertstoff-Abfall lässt sich halt mit dem Porsche Cayenne komfortabler transportieren als im Rucksack.

■ **„Der ordentlich getrennte Wertstoff-Abfall lässt sich mit dem Porsche Cayenne komfortabler transportieren als im Rucksack.“**

Auf der anderen Seite können sich eben diese Menschen die teuren Begleiterscheinungen grüner Politik einfach besser leisten. Dieses Fazit zieht auch das Umweltbundesamt (UBA). „Vor allem das sozialökologische Milieu ist besonders und relativ konsistent umweltinteressiert“, heißt es in einer Studie aus dem vergangenen Jahr.

„Die sozial benachteiligten, gelegentlich aber auch die eher konservativ eingestellten Milieus sehen zwar ebenfalls die Notwendigkeit und die Chancen von Umwelt- und Klimaschutz im Allgemeinen recht deutlich, sind aber oft zurückhal-

tender im Hinblick auf umweltpolitische Forderungen und Handlungsbereitschaften.“

Im Klartext: Die Etiketten „Bio“ und „Grün“ wählt aus, wer Geld für Experimente übrig hat, notfalls auch ohne vom Sinn des Ganzen überzeugt zu sein. „Es sind die Frauen der Banker und der Luftwansapiloten, die Grün wählen“, sagt der Demoskop Helmut Jung. „Man kann sie mit Fug und Recht ähnlich der FDP auch als Partei der Besserverdienenden bezeichnen.“

„Arroganz“ nennt Schalk die Haltung, die der Entscheidung für Grün oft genug zugrunde liegt. „Einem wohlhabenden Menschen macht's nichts aus, wenn er mehr für sein Bio-Steak zahlen muss. Aber erzähl' das mal einem, der drei Kinder zu versorgen hat und 2000 Euro brutto verdient. Auf die Leute zu schimpfen, die im Discounter einkaufen, ist anmaßend.“ Dass der Biospritwahn die Getreidepreise in manchen Gegenden dieser Welt im vergangenen Jahr um 40 Prozent hat steigen lassen, passt ins Bild: Womöglich waschen da ein paar Wohlhabende ihr schlechtes Gewissen auf Kosten der Armen rein.



Aktiv setzen sich die Grünen gegen christliche Symbole wie das Kreuz im Klassenzimmer ein, fordern stattdessen islamische Feiertage in Deutschland.



Bremser aus Tradition: „Stuttgart 21“ ist nur eines von vielen Zukunfts-Projekten, das die Grünen blockieren.

Helmut Jung ist davon überzeugt, dass es Schnittmengen zwischen den Konservativen und den Grünen gibt. „Es gibt schon Übereinstimmungen bei gewissen Werten und Grundüberzeugungen“, sagt er. Das Image einer linksradikalen Partei sei sie auch losgeworden, meint der Hamburger. „Die Grünen sind für viele schon zu einer bürgerlichen Alternative geworden.“ Die Pflänzchen, die in der deutschen politischen Landschaft gedeihen, haben eben fast alle grüne Blätter. Doch der Boden, auf dem sie gedeihen, ist durchaus vielfältig.

Deutlich wird der Unterschied, wenn man das Verhältnis der Grünen zum christlichen Fundament Europas ansieht – und da ist die Ablehnung des Kruzifixes in Klassenzimmern nur ein kleiner, wenn auch besonders plakativer Hinweis.

Zwar bemühen sich die Grünen ebenso wie Konservative um eine Bewahrung der Schöpfung. Doch der auftrumpfende und intolerante Ton, der dabei mitschwingt, lässt eher fürchten, dass es ums Rechthaben geht: Nichts ist schwerer zu widerlegen als Tugendterror. Ob Konzepte dann für den Einzelnen oder Minderheiten noch passen, ist dabei nebensächlich. „Kollektivistisch“ nannte Armin Laschet von der CDU diese Haltung sehr treffend.

Focus-Chefredakteur Wolfram Weimer bezeichnete es als konservativ, „Dämme der Alltagsvernunft gegen den Strom der Moderne“ zu errichten. Der gesunde Menschenverstand hat aber eben dort zu schweigen, wo der ideologische Rasenmäher auf Touren kommt. Die Herrschaft des Prinzips über die konkrete Situation – eine typisch grüne Eigenart. Individualverkehr an sich ist schlecht,

also bekämpfen wir ihn in der Stadt ebenso wie auf dem Land, wo die Menschen aber auf das Auto angewiesen sind.

So ist das dominierende Prinzip der Grünen und ihrer Sympathisanten in Wirklichkeit nicht die Vernunft oder die Sorge um spätere Generationen, sondern das Floriansprinzip: Man ist als Grünenwähler für Windenergie, schließt sich aber flugs der nächsten Bürgerinitiative an, soll ein Windrad in Vorgartensichtweite errichtet werden. Die Grünen sind ja in Wirklichkeit keine andere Partei mit anderen Wählern, sie ist die „Partei der gehobenen und verrohenden Mittelschicht“, wie die Ex-Grüne Jutta Dittfurth im Interview mit dem *Spiegel* ätzt. „Es geht heute bei grüner Umweltpolitik nur noch um das eigene Essen, Ökoklamotten, getrennte Müllsammlung, keine Pestizide im Vorgarten.“

Jedem Menschen billigt man das Recht zu, dass er lernt aus seinem Leben. Ernsthaft wird kaum jemand dem früheren Außenminister Joseph Fischer vorwerfen wollen, dass er sich in früheren Tagen mit Polizisten geprügelt hat. Auch Jürgen

ben haften. Die Grünen wännen sich in der Mitte der Gesellschaft. Dass sie dieses bürgerliche Gefühl mit Distanz zum Staat verbinden, muss jeden Konservativen befremden. Erst recht die Haltung zur Polizei. Dass Gewalt gegen Beamte

nis der Grünen zum Staat, zur Inneren Sicherheit – „das ist vielleicht der Punkt, wo wir uns am stärksten unterscheiden“, sagt Johanna Dittmann.

Überlegungen über die Grünen als Koalitionspartner der Zukunft gibt es immer wieder. Bei genauerem Hinsehen haben diese Überlegungen sehr viel mit Personen zu tun: mit dem knuffigen, altväterlichen Winfried Kretschmann, dem smarten Cem Özdemir, dem modernen Boris Palmer. Aber dabei handelt es sich eben um Baden-Württemberger. Und im Ländle sind eben auch Grüne vernünftiger. Aus dem südlichen Sonderfall eine für alle Länder praktikable Lösung abzuleiten, wäre jedoch fahrlässig.

Michael Weiser

■ „Die Frauen der Banker und der Piloten wählen die Grünen. Sie sind die Partei der Besserverdiener.“

Trittin wird seine Mitgliedskarte zum Kommunistischen Bund längst abgegeben haben.

Doch Äußerungen wie die von Trittin, der Bundeswehrgelöbnisse als „perverses Ritual“ bezeichnet, blei-

wie bei den Protesten gegen Stuttgart 21 kein Kavalierversgehen ist, das müssen grüne „Realos“ wie der Tübinger OB Boris Palmer auch erst vermitteln: „Für Recht und Ordnung einzustehen bekommt den Grünen sehr gut.“ Das Verhält-



Zwei Gesichter: Man ist als Grünen-Wähler für Windenergie, schließt sich aber flugs der nächsten Bürgerinitiative an, soll ein Windrad in Vorgartensichtweite errichtet werden.



Gewerbsteuer abschaffen?

Kaum eine Steuer ist so umstritten wie die Gewerbesteuer. Für viele Kommunen ist sie eine wichtige Einnahme, doch wird in Bayern und im Bund immer wieder die Abschaffung dieser Steuer gefordert.

■ Pro | Bertram Brossardt



Die Gewerbsteuer steht einer wachstumsorientierten, sachgerechten Unternehmensbesteuerung im Weg. Sie entzieht Firmen Substanz, verhindert eine Vereinfachung des Steuerrechts und ist für ausländische Investoren schwer verständlich.

Sinnvoll wäre es, die Gewerbsteuer auf ein Hebesatzrecht für Städte und Gemeinden auf Einkommen- und Körperschaftsteuer umzustellen. Die Kommunen erhielten so neue finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten. Nicht gewerbsteuerpflichtige Teile der Wirtschaft würden stärker in die Kommunalfinanzierung einbezogen. Ein höherer Umsatzsteueranteil könnte das Steueraufkommen der Kommunen stabilisieren. Konkret hieße das: Mehr Bürgerengagement für stabile Kommunalfinanzen, geringere Schwankungsrisiken und Erhalt der kommunalen Hebesatzautonomie mit Bezug zur örtlichen Wirtschaftskraft.

Der Weg dahin ist mit vielen Bedenken gepflastert. Ein Punkt muss auch gegen Widerstände auf jeden Fall gelöst werden: Steuern auf Fremdkapitalkosten darf es in der Gewerbsteuer nicht mehr geben. Solche Belastungen sind absurd. Man stelle sich nur vor: Mit Basel III steigen die Zinsen für Unternehmenskredite, und über die gewerbsteuerliche Hinzurechnung der Zinsen laden die Kommunen dann auch noch zu. So ist kein Staat zu machen.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)

■ Contra | Hans Schaidinger



Die Gewerbsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Sie betrug 2010 bayernweit rund fünf Milliarden Euro. Die Gewerbsteuer darf nicht abgeschafft werden und das Fundament der Gewerbsteuer darf nicht untergraben werden. Wenn es keine Gewerbsteuer mehr

gibt, engagieren sich Kommunen nicht mehr so intensiv wie bisher für ein wirtschaftsfreundliches Klima. Die Gewerbsteuer ist ein Band zwischen Wirtschaft und Kommune. Davon profitieren beide Seiten.

Es gilt der Grundsatz: Wer eine Infrastruktur nutzt, der muss auch dafür bezahlen. Wer die Gewerbsteuer abschaffen will, würde letztlich die Kosten für die kommunale Infrastruktur allein den Bürgern aufbürden. Wer Unternehmen entlastet, muss Bürger belasten. Wer die Gewerbsteuer abschafft oder aushöhlt, lässt letztlich die Bürger die Zeche bezahlen: Die Bürger müssten dann über die Einkommensteuer oder Umsatzsteuer die Infrastruktur in Städten und Gemeinden finanzieren.

Es kann nicht angehen, dass sich Unternehmen über geschickte Ausnutzung von Steuergestaltungsmöglichkeiten arm rechnen können. Deshalb müssen die sogenannten „Hinzurechnungen“, die den Gewinn korrigieren, erhalten bleiben.

Der Autor ist Oberbürgermeister von Regensburg und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

■ www.der-bajuware.de



Wer soll das bezahlen? Mehr Pflegebedürftige, weniger Beitragszahler – das Problem wird zunehmend größer, die JU Bayern fordert seit Jahren eine Reform des Systems.

Mehr Pflege für die Pflegeversicherung

Von Stefan Müller MdB

Alle wissen es: Der Anteil der älteren Menschen in Deutschland steigt seit Jahren ebenso kontinuierlich an wie die Lebenserwartung. Ein 2010 geborenes Mädchen kann – statistisch gesehen – darauf hoffen, 82,5 Jahre alt zu werden, ein im selben Jahr geborener Junge immerhin 77,3 Jahre.

Gleichzeitig können immer mehr Menschen ihren dritten Lebensabschnitt, also die Zeit nach der Berufstätigkeit, bei guter Gesundheit

genießen. Eine potenzielle Pflegebedürftigkeit tritt zwar immer später ein, aber die Intensität der benötigten Pflege wird dadurch auch tendenziell höher. Laut aktuellen Prognosen wird die Zahl der Pflegebedürftigen von heute über 2,3 Millionen Menschen auf rund 3,5 Millionen im Jahr 2030 anwachsen. Insbesondere die Zahl der Demenzkranken steigt drastisch.

Dadurch steigen zwangsläufig auch die Kosten, die durch das System der öffentlichen Pflegeversicherung – also die Solidargemeinschaft der

Beitragszahler – getragen werden müssen.

Zugleich stehen der wachsenden Zahl der Pflegebedürftigen aber wegen der seit Jahrzehnten zu niedrigen Geburtenrate kontinuierlich weniger Beitragszahler gegenüber, so dass das System schon aus demografischen Gründen Gefahr läuft, zusammenzubrechen.

Verschärft wird diese Situation dadurch, dass die Gesetzliche Pflegeversicherung über das 1995 eingeführte Umlagesystem bis heute

Leistungen trägt, für die nie Beiträge bezahlt wurden. Das alles widerspricht dem für unser gesamtes Sozialsystem so wichtigen Grundsatz

der vertrauten Umgebung bleiben zu können, immer besser umzusetzen. Dazu müssen wir einerseits die Leistungen der pflegenden Angehör-

■ „Die Pflegeversicherung widerspricht dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit.“

der Generationengerechtigkeit. Und obwohl diese Zusammenhänge längst bekannt sind, ist es trotz unserer fortwährenden Mahnungen bisher nicht gelungen, die Systeme wirklich zukunftsfähig zu machen.

Der JU-Landesausschuss hat sich deshalb im Mai in Weiden intensiv mit den Problemen der Pflegeversicherung befasst und ein Positionspapier erarbeitet, das unsere wesentlichen Forderungen zusammenfasst.

Wir fordern, dass die Finanzierung der Gesetzlichen Pflegeversicherung auf eine solide Grundlage gestellt wird. Dazu ist es erforderlich, den heutigen Beitragssatz einzufrieren und durch eine zusätzlich zu leistende altersunabhängige Prämie zur Kapitaldeckung zu ergänzen. Beitragszahler mit Kindern soll ein Demografiebonus gewährt werden und für Geringverdiener muss es selbstverständlich einen Sozialausgleich geben. Als Voraussetzung für diesen Systemumbau ist eine Bestandserhebung erforderlich, die verlässliche Aussagen über den künftig zu erwartenden Pflegeaufwand und den daraus resultierenden Finanzbedarf erlaubt.

Wir setzen außerdem darauf, den Anspruch „ambulant vor stationär“ im Sinne der Pflegebedürftigen und ihres Wunsches, möglichst lange in

der vertrauten Umgebung bleiben zu können, immer besser umzusetzen. Dazu müssen wir einerseits die Leistungen der pflegenden Angehör-

rigen besser würdigen, aber andererseits auch zu einer Weiterentwicklung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit und des Systems der Pflegestufen kommen und den so genannten Pflege-TÜV so neu regeln, dass er aussagekräftige Ergebnisse liefert und eine echten Qualitätssicherung ermöglicht.

Wir wollen bei allen notwendigen Reformschritten den Pflegebedürftigen und seine Bedürfnisse heute und in Zukunft in den Mittelpunkt stellen. Wenn wir deshalb jetzt eine zukunftsfeste, also generationengerechte Finanzierung der Pflegeversicherung fordern, dann auch deshalb, weil auch kommende Generationen für den Fall eigener Pflegebedürftigkeit Anspruch auf ein funktionierendes Pflegeversicherungssystem haben. Dafür müssen wir heute die Weichen stellen.

Der Autor ist Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern und Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.



Eine neue Sperrstunde für Bayern? Dies schien konkret zu werden. Viele JU-Verbände rief das auf den Plan. Weil der **CSU-Nachwuchs** gegen eine Reform der bestehenden Regelung Sturm lief, ist das Thema nun vom Tisch.

Keine neue Sperrstunde

Ein großer Erfolg für die Junge Union: Eine neue Sperrstunde in Bayern ist vom Tisch! In der CSU-Landtagsfraktion will man das Thema nicht weiterverfolgen, obwohl sich in den vergangenen Monaten Mitglieder der Staatsregierung vermehrt für eine neue Regelung ausgesprochen hatten.

Bereits im November 2010 hatte der JU-Landesausschuss auf seiner Jahresklausur ein Papier verabschiedet, wonach die seit 2005 gültige Regelung weiter Bestand haben soll. Demnach ist die Sperrstunde auf eine „Putzstunde“ beschränkt, im Regelfall zwischen 5 und 6 Uhr morgens. Zugleich wurde den Gemeinden und Städten seinerzeit das Recht übertragen, die Sperrzeitenregelung eigenverantwortlich zu regeln.

Nach Auffassung der Jungen Union lassen sich alkoholbedingte Delikte nicht durch eine verlängerte Sperrzeit

lösen, erst recht nicht durch eine zentralistische Reglementierung. Örtlich auftretende Schwierigkeiten sollten lokal gelöst werden, ganz im Sinne der oft pro-



Auch künftig kann in Bayern nachts gefeiert werden.

pagierten Subsidiarität. „Eine pauschale Regelung wäre eine Abstrafung der überwältigenden Mehrheit, die friedlich und verantwortungsvoll feiert“, so Pfaffenhofens JU-Kreisvorsitzender Michael Beer.

„Die Gründe für Alkoholprobleme liegen in erster Linie nicht in einer verkürzten Sperrzeit“, erklärt Traunsteins JU-Kreischef Siegfried Walch, der mit JU-Bundesvorstandsmitglied Thomas Breitenfellner das JU-Papier zur Sperrzeit verfasste. Vielmehr handle es sich um ein gesellschaftliches Problem. Niemand werde behaupten wollen, dass der vermehrte Alkoholkonsum von

Jugendlichen auf die Öffnungszeiten zurückzuführen sei, so Walch.

Die Wieder-Einführung der alten Sperrstunden-Regelung konnte durch den Einsatz vieler JU-Verbände verhindert werden. Die Junge Union Oberpfalz lud den bayerischen Städtetags-Präsidenten Hans Schaidinger zum Gespräch ein. Dabei verständigte man sich auf den Vorschlag, eine Rechtsgrundlage für Kommunen zu schaffen, um Sperrzeiten unbürokratisch festzulegen, wo dies notwendig sei. JU-Bezirkschef Alexander Fischer: „Somit bleibt die Entscheidungshoheit bei den Kommunen.“

Leben zwischen **Hoffen und Bangen:** Mehr als 12 500 Patienten warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Jeden Tag müssen drei Menschen sterben, weil es für sie kein Organ gibt. Geht es nach der JU, soll sich das ändern.

„Eine moralische Pflicht“

Es sind blanke Zahlen, doch hinter ihnen verbirgt sich die Frage von Leben und Tod: Die Bereitschaft in der Bevölkerung zur Organspende ist so groß wie nie zuvor, zwei Drittel in Deutschland sprechen sich für ein neues Transplantationsgesetz aus. Jedoch: Nicht einmal jeder Fünfte in der Bundesrepublik besitzt einen Organspendeausweis.

Bereits Anfang des Jahres hat sich der Landesvorstand der Jungen Union deshalb für Veränderungen stark gemacht, damit mehr Menschen Organe spenden und Leben retten. „Es wird Zeit, dass die Gesellschaft ihrer moralischen Pflicht, Leben zu ermöglichen und zu verlängern, besser nachkommt“, findet JU-Vize-Chefin Katrin Poleschner. Sie spricht sich für die Widerspruchsregelung aus, wonach grundsätzlich von einem Spendenwillen ausgegangen wird, solange der Organentnahme nicht aktiv widersprochen wird. Die Forderung, die Spendenbereitschaft im Führerschein oder Personalausweis anzugeben, steht da keineswegs im Widerspruch und wird laut Poleschner von der Jungen Union ebenfalls als sinnvolle Variante gesehen.

Die Umsetzung wäre einfach, gebe es nicht auch Kritik. Besonders aus ethischen Gründen zweifelt die Gegenseite an einer solchen Veränderung. „Dass sich jeder Bürger ein-

mal im Leben mit dem Thema Organspende auseinandersetzen muss, halten wir für zumutbar“, setzt Poleschner dem entgegen. Zwang dürfe jedoch nicht ausgeübt werden. Die Spendenbereitschaft zu erhöhen, so vertritt es die JU, stehe im Einklang mit den Grundsätzen christlicher Nächstenliebe.

In Deutschland gilt bislang die Zustimmungslösung, wonach vorab das Einverständnis zur Organentnahme nach einem etwaigen Hirntod gegeben werden muss, etwa mit einem Spenderausweis. Wenn es diesen nicht gibt, haben die Angehörigen das letzte Wort – oft eine schwierige Entscheidung für die Hinterbliebenen.

Bei der Entscheidungslösung soll jeder Bürger mindestens einmal im Leben gefragt werden, ob er Organspender werden will oder nicht. Dies könnte zum Beispiel bei der

Beantragung von Ausweisen geschehen. Die Entscheidungslösung wird von einer Mehrheit der deutschen Gesundheitsminister präferiert und gilt bei einer für dieses Jahr angekündigten Reform als wahrscheinlichste Alternative.

Bei der von der JU favorisierten Widerspruchslösung wird von einem grundsätzlichen Einverständnis ausgegangen, es sei denn, der Betroffene legt ausdrücklich sein Veto ein. Diese Regel gilt seit Jahren in Österreich, Spanien und anderen Ländern. Sie findet auch bei Ärzten viel Zuspruch. Die 12 500 wartenden Patienten muss man wohl nicht fragen, für welche Alternative sie sich entscheiden würden.



Die Kreisverbände der Jungen Union haben gewählt, in diesen Wochen ziehen die Bezirksverbände nach. In einigen Regionen präsentiert sich die JU mit neuer Spitze, in anderen wiederum setzt sie auf bewährte Kräfte.

Wechsel an Main und Isar

Seit 2. Juli ist Deutschlands größter Bezirksverband unter neuer Führung: Tobias Zech aus Altötting wurde zum Vorsitzenden der Jungen Union Oberbayern gewählt. Der 30-Jährige folgt auf Christian Hümmer aus Traunstein, der nach zweijähriger Amtszeit nicht mehr antrat.

Einen Wechsel gab es auch in Schwaben. Dort setzte sich JU-Landesvorstandsmitglied Hans Reichhart im Wettbewerb um die vakante Stelle gegen Christian Schubert durch. Mehrere Mitglieder interessieren sich für den Bezirksvorsitz in der Landeshauptstadt: Für die Wahl am 27. Juli in München werden Andreas Babor, Frank Gübner und Günther Westner gehandelt, Amtsinhaber Wolfgang Stefinger tritt nicht mehr an.

Zu einer personellen Veränderung kam es auch in Niederbayern. Bei der Wahl am 16. Juli (Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor) bewarb sich Florian Oßner um die Nachfolge von Christian Moser, der im nächsten Jahr als Oberbürgermeister von Deggendorf antritt. Im Bezirksverband Unterfranken zeichnet sich ebenfalls ein Wechsel ab: An die Stelle von Boris Großkinsky soll das langjährige Landesvorstandsmitglied Alexander



In der nächsten *bajuware*-Ausgabe, die Mitte September erscheint, präsentieren wir alle 107 Kreisvorsitzenden und die zehn Bezirkschefs auf einen Blick.

Legler rücken. Die Wahl findet am 30. Juli statt.

In der Oberpfalz stand Alexander Fischer am 16. Juli zur Wiederwahl als Bezirkschef. Jonas Geissler will sich am 22. Juli in Oberfranken um eine zweite Amtszeit bewerben. In

Mittelfranken wird Andreas Schalk am 23. Juli wieder als Bezirksvorsitzender kandidieren. Im Bezirksverband Nürnberg/Fürth/Schwabach trat Craig Marshall am 19. Juli wieder als Vorsitzender an. Und die JU Augsburg wird nun von Martin Malaczek geleitet – er beerbt Markus Ritter. (Redaktionsschluss 13. Juli)



Super Party, köstliche Speisen und entspannte Stunden im Pool und in der Sauna: Das war der erste *bajuware* Wintertraum! Einfach unvergesslich! JU-Landesvorsitzender Stefan Müller und *bajuware*-Chefredakteur Thomas Breitenfellner freuten sich über die gelungene Premiere im Hotel Bayerischer Hof in Rimbach. Die Hotelchefs Andreas und Ewald Gsellhofer laden auch in diesem Jahr die Leser und Freunde des *bajuwaren* zum Wintertraum (16. bis 18. Dezember) in ihr schmuckes Wellness-Resort in den Bayerischen Wald ein. Ab sofort könnt Ihr Euch dafür anmelden. Bitte bedenkt, dass die Plätze begrenzt sind, also nicht lange warten! Mehr Infos auf Seite 2.





Schloss Neuschwanstein

125 Jahre nach seinem rätselhaften Tod ist er im Freistaat allgegenwärtig: König Ludwig II. Zu seinen Ehren reiht sich heuer eine Veranstaltung an die andere, und auch der Büchermarkt widmet sich umfassend dem „Märchenkönig“. Auf dem Papier gibt es im Freistaat freilich keinen König mehr, doch im Herzen tragen die Bayern ihren „Kini“ immer noch...

Buchtipps

König Ludwig II speist: Erinnerungen seines Hofkochs Theodor Hierneis
Stiebner, 96 Seiten, 9,90 Euro

Theodor Hierneis war Hofkoch von König Ludwig II. in Schloss Berg am Starnberger See, wo er die Ereignisse von 1886 aus nächster Nähe miterlebt hat. Seine Erinnerungen sind in „König Ludwig II. speist“ festgehalten. Sie be-

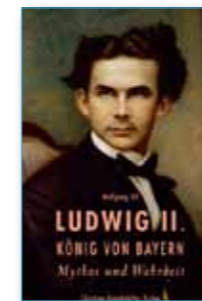


ginnen mit dem Tag, an dem er als Küchenjunge in den Dienst des Königs trat. Man erlebt den König mit all seinen Eigenarten, hört von seinem Verlangen nach Einsamkeit, seiner Liebe zu den Bergen und seiner Leidenschaft, Schlösser zu bauen. Theodor Hierneis verehrte den König und war ihm bis zuletzt treu ergeben. Das Buch liest sich mit Leichtigkeit und Schmunzeln und wird auch für Liebhaber der französischen Küche zu einem Lesevergnügen.

Wolfgang Till: „Ludwig II. König von Bayern – Mythos und Wahrheit“
Brandstätter Verlag, 112 Seiten, 9,90 Euro

Leben und Nachleben steht stetig oszillierend zwischen objektiver Historie und purer Folklore wie bei keiner anderen Figur der neueren Zeitgeschichte. Ungeklärt bis heute sind die Umstände seines Todes im Starnberger See. Schwer fassbar seine Sexualität: War er der „jungfräuliche“ König, war er ein schüchterner Narziss, war er frauenscheu

oder gar schwul? Seine Schönheit faszinierte das Volk, als er als 18-Jähriger den Thron bestieg. Und Ludwigs Bauten sind heute Bayerns herausragende Touristenziele, unbestritten sind seine Verdienste um das Werk Richard Wagners. Das Buch gibt Einblicke in Glanz und Elend seines zu kurzen Lebens.



Rudolf Reiser: König Ludwig II: Mensch und Mythos zwischen Genialität und Götterdämmerung
Mz Buchverlag, 168 Seiten, 19,90 Euro

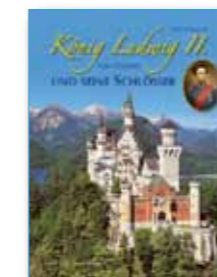
Die von zahlreichen Legenden umrankte Biographie des bayerischen Märchenkönigs steckt immer noch voller ungelöster Rätsel. War König Maximilian wirklich sein Vater? Wie war sein Verhältnis zu Frauen, zu Kaiserin Sissi und zu seiner Verlobten Sophie? Was suchte er in der Freundschaft zu Richard Wagner? Warum baute er die Schlösser in Linderhof, Herrenchiemsee und Neuschwanstein? War er nur exzentrisch oder geistesgestört? War sein Tod im Starnberger See ein Unfall oder ein Mord? Der Autor findet nach der Auswertung neuer Quellen überraschende Antworten.

Heinz Gebhardt: König Ludwig II hatte einen Vogel...: Unglaubliche, aber wahre Geschichten über Bayerns Märchenkönig
Stiebner, 192 Seiten, 14,90 Euro

Menschen scheu, verrückt, bauwütig und homosexuell sind die üblichen Klischees über Bayerns König Ludwig II. Dass der „Märchenkönig“ im wirklichen Leben ganz anders war, will Autor Heinz Gebhardt in diesem Buch zeigen: So hatte Ludwig II. einen Vogel, dem er in seinem Wintergarten das Sprechen beigebracht hatte und der ihn am frühen Morgen schon mit „Guten Abend“ begrüßte. Unbekannt sind auch die wahren Hintergründe der 259-Tage-Verlobung mit Prinzessin Sophie, während der er sich in seinen Stallburschen Richard Hornig und Sophie sich in den Fotografen Edgar Hanfstaengl verliebte: Ihre Liebesbriefe sind in diesem Buch veröffentlicht. König Ludwig II. hätte nach dem heutigen Stand der Psychiatrie nie für verrückt erklärt und gestürzt werden können, so der Autor: Er hatte zwar Schrullen und war bausüchtig, aber seiner Zeit dafür weit voraus.

Paul Wietzorek: König Ludwig II. von Bayern und seine Schlösser
Imhof, 64 Seiten, 9,90 Euro

Die Umstände seines Todes sind bis heute nicht restlos geklärt, eine Tatsache, die dazu beigetragen hat, den Mythos vom „Märchenkönig“ zu begründen. Aber gerade dieser Name weist auf die zwiespältige Per-



sönlichkeit des Königs hin, der sich mit zunehmendem Lebensalter unter dem wachsenden Druck seines hohen Amtes und der quälenden Last persönlicher Probleme immer stärker der Wirklichkeit entzog, den Ansprüchen der täglichen, vielfach zermürbenden Regierungsgeschäfte auswich und sich schließlich in eine unwirkliche, märchenhafte Welt der Kunst flüchtete: In die fiktive Opernwelt Richard Wagners und in die prunkvolle Architektur seiner Schlösser. Wietzorek schildert Leben und Wirken Ludwigs II., stellt die prunkvollen Schlossbauten vor und skizziert die unterschiedlichen Formen seines Nachwirkens.

Daniela Wilhelm-Bernstein: Berge, Schlösser, Königsträume: Auf den Spuren König Ludwigs II
Süddeutsche Zeitung/Bibliothek, 189 Seiten, 9,90 Euro

Auf den Spuren des Märchenkönigs: Angefangen bei Schloss Nymphenburg, wo er geboren wurde, bis hin zur Fürstengruft in St. Michael in München, in der Ludwigs Grab zu finden ist, sollen diese Touren nicht nur überraschende Einblicke in das Leben des Monarchen, sondern auch manch atemberaubenden Ausblick geben. Der Ansatz dieses Buches ist neu und ehrenwert, jedoch kommt dieses Buch ein wenig lieblos daher – eine Ansammlung von bereits erschienenen Beiträgen. Zum 125. Todestag des „Kini“ mit der heißen Nadel gestrickt...



Zuwachs des Frauenanteils in der JU Bayern 2011 (Stand 1. Juli 2011)

Verband	gesamt	Zuwachs	%	KV Schwandorf	457	8	1,8	KV München VIII	281	2	0,7
				KV Bayreuth-Land	231	4	1,7	KV Landshut-Land	422	3	0,7
BV Augsburg	340	14	4,1	KV Kronach	524	8	1,5	KV Regensburg-Stadt	298	2	0,7
BV Schwaben	2.690	41	1,5	KV München VI	267	4	1,5	KV Ansbach-Land	315	2	0,6
BV Oberbayern	7.421	96	1,3	KV Erlangen-Höchstadt	201	3	1,5	KV Weilheim-Schongau	317	2	0,6
BV Oberpfalz	5.251	70	1,3	KV Fürstenfeldbruck	402	6	1,5	KV Passau-Land	724	4	0,6
BV München	1.551	19	1,2	KV Oberallgäu	134	2	1,5	KV Nürnberger Land	368	2	0,5
BV Unterfranken	2.520	29	1,2	KV Aichach-Friedberg	269	4	1,5	KV Neustadt-Bad Windsheim	186	1	0,5
BV Oberfranken	3.217	36	1,1	KV Eichstätt	1.001	13	1,3	KV Straubing-Bogen	601	3	0,5
BV Niederbayern	4.235	37	0,9	KV Günzburg	311	4	1,3	KV Landsberg a. Lech	202	1	0,5
BV Nürnberg/Fürth/Schwabach	791	6	0,8	KV Rosenheim-Land	635	8	1,3	KV Ingolstadt	222	1	0,5
BV Mittelfranken	1.549	10	0,6	KV Nürnberg-Süd	80	1	1,3	KV München X	223	1	0,4
				KV Bad Tölz-Wolfratshausen	167	2	1,2	KV Dillingen an der Donau	226	1	0,4
KV Schweinfurt-Stadt	73	5	6,8	KV München IX	174	2	1,1	KV Aschaffenburg-Land	249	1	0,4
KV München I	145	7	4,8	KV Altötting	525	6	1,1	KV Würzburg-Land	518	2	0,4
KV Augsburg-West	249	12	4,8	KV Neu-Ulm	176	2	1,1	KV Miltenberg	262	1	0,4
KV Landshut-Stadt	88	4	4,5	KV Regensburg-Land	618	7	1,1	KV Dingolfing-Landau	300	1	0,3
KV Berchtesgadener Land	203	9	4,4	KV Donau-Ries	443	5	1,1	KV Hof-Land	389	1	0,3
KV Lindau/Bodensee	109	4	3,7	KV Ostallgäu	89	1	1,1	KV Cham	430	1	0,2
KV Wunsiedel i. Fichtelgebirge	111	4	3,6	KV Rottal-Inn	275	3	1,1	KV Amberg-Stadt	63	0	0,0
KV Bayreuth-Stadt	98	3	3,1	KV Miesbach	376	4	1,1	KV Coburg-Stadt	75	0	0,0
KV Ansbach-Stadt	33	1	3,0	KV München VII	94	1	1,1	KV Dachau	143	0	0,0
KV Augsburg-Land	574	17	3,0	KV Pfaffenhofen a.d. Ilm	189	2	1,1	KV Fürth-Stadt	86	0	0,0
KV Freising	249	7	2,8	KV Deggendorf	669	7	1,0	KV Garmisch-Partenkirchen	290	0	0,0
KV Schwabach	38	1	2,6	KV Forchheim	387	4	1,0	KV Hof-Stadt	51	0	0,0
KV Rosenheim-Stadt	88	2	2,3	KV Neumarkt/Opf.	503	5	1,0	KV Kulmbach	313	0	0,0
KV München-Land	536	12	2,2	KV Kitzingen	102	1	1,0	KV Memmingen-Stadt	66	0	0,0
KV Augsburg-Ost	91	2	2,2	KV Mühldorf a. Inn	408	4	1,0	KV München III	140	0	0,0
KV Rhön-Grabfeld	91	2	2,2	KV Tirschenreuth	1.124	11	1,0	KV München IV	110	0	0,0
KV Neustadt a.d.Waldnaab	1.188	26	2,2	KV Regen	314	3	1,0	KV Neuburg-Schrobenhausen	274	0	0,0
KV Würzburg-Stadt	140	3	2,1	KV Coburg-Land	211	2	0,9	KV Nürnberg-West	107	0	0,0
KV Starnberg	144	3	2,1	KV Fürth-Land	216	2	0,9	KV Passau-Stadt	98	0	0,0
KV Amberg-Sulzbach	483	10	2,1	KV Haßberge	434	4	0,9	KV Roth	226	0	0,0
KV Main-Spessart	243	5	2,1	KV Bamberg-Land	435	4	0,9	KV Schweinfurt-Land	147	0	0,0
KV Aschaffenburg-Stadt	49	1	2,0	KV Bamberg-Stadt	109	1	0,9	KV Straubing-Stadt	88	0	0,0
KV Erding	149	3	2,0	KV Erlangen-Stadt	109	1	0,9	KV Unterallgäu	164	0	0,0
KV Kelheim	305	6	2,0	KV Freyung-Grafenau	351	3	0,9	KV Weiden	87	0	0,0
KV Traunstein	363	7	1,9	KV Nürnberg-Ost	125	1	0,8	KV Weißenburg-Gunzenhausen	111	0	0,0
KV Bad Kissingen	212	4	1,9	KV Kempten-Stadt	129	1	0,8				
KV München II	113	2	1,8	KV Ebersberg	538	4	0,7				
KV Lichtenfels	283	5	1,8	KV Nürnberg-Nord	139	1	0,7				
				Landesverband	29.561	358	1,2				

„Macher gesucht“ und „Macher gesucht 2.0“

Die Sieger von „Macher gesucht!“ stehen fest! Nach der Schlussauswertung der Daten haben bei den Wettbewerben der Mitgliederwerbekampagne „Macher gesucht“ vor allem die Niederbayern die Nase vorn: Den höchsten Zuwachs erreichte mit 41 Neumitgliedern im Zeitraum von August bis Dezember 2010 der Ortsverband Vilshofen (KV Passau-Land, BV Niederbayern). Die Vilshofener können sich dafür über einen Partygutschein in Höhe von 500 Euro und den Besuch eines Spitzenpolitikers freuen. **Den Scheck überreichte der Landesvorsitzende Stefan Müller dem Ortsvorsitzenden von Vilshofen, Stefan Meyer, in der Landesleitung. Auch der Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, gratulierte dem Gewinner persönlich.** Bester Werber wurde passenderweise auch Stefan Meyer, der 35 neue JU'ler gewinnen konnte. Den höchsten Zuwachs nach Prozenten kann der Ortsverband Saal an der Donau (KV Kelheim, BV Niederbayern) verzeichnen. Seit August 2010 wuchs der Ortsverband um 18 Mitglieder und damit um satte 200 Prozent! Auch hier gibt es einen Partygutschein sowie einen Besuch von Vize-Generalin Dorothee Bär.



Ortsverbände“ und „Bester Werber“ gibt es nun auch ein „Rennen der Kreisverbände“. Der Kreisverband mit der größten Erhöhung der weiblichen Mitgliederanteils gewinnt eine tolle Veranstaltungsausstattung mit personalisierten Roll-ups, Bannern und Rednerpultverkleidung. Die Gewinner des Rennens für Ortsverbände bekommen als Belohnung die finanzielle Ausstattung für eine JU-Party, die Bestplatzierten mit dem Ehrenvorsitzenden der CSU und ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber oder mit der Bundesministerin Ilse Aigner, MdB.

Auch einen Preis für die im Rahmen der Kampagne 2010 eingetretenen Neumitglieder gab es: Ein Wochenende für zwei Personen im Wellness-Hotel „Bayerischer Hof“ in Rimbach gewann Michael Lorenz aus Neu-Ulm.

Auch die Werber gehen weiterhin nicht leer aus. Schon ab dem ersten geworbenen Mitglied erhält man eine Sachprämie, nämlich den JU-Thermobecher. Für besonders aktive Werber gibt es noch interessantere Preise wie den JU-Grill und den

CSU-iPod. Die bereits im Jahr 2010 gesammelten Punkte für geworbene Neumitglieder wurden natürlich ins Jahr 2011 übertragen – wer bereits 2010 aktiv war, musste 2011 nicht wieder bei Null anfangen.

Alle weiteren Infos und die aktuellen Zwischenstände findet ihr auf unserer Website www.ju-bayern.de/macher-gesucht. Die aktuellen Flyer zur Kampagne könnt ihr wie gewohnt im Landessekretariat bestellen. „Macher gesucht 2.0“ läuft noch bis zum 31. Juli.

Internettipp

www.facebook.com/jubayern

Vernetz Dich mit uns! Schon 2700 JU'ler sind dabei und haben Zugriff auf aktuelle Infos und Kampagnen, Bilder und Berichte über die JU-Arbeit sowie brandaktuelle Neuigkeiten zu unseren Themen.

Aktuelle Seminarangebote der Hanns-Seidel-Stiftung

Staatsverschuldung
Fr. – So., 29. – 31. Juli
Kloster Banz, Preis: 70 €

Demokratie und Islam
Fr. – So., 29. – 31. Juli
Kloster Banz, Preis: 70 €

Selbstsicheres Auftreten in repräsentativen Aufgaben
Fr. – So., 2. – 4. September
Kloster Banz, Preis: 110 €

Impressum

Herausgeber:
Junge Union Bayern
Landesvorsitzender Stefan Müller
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Telefon (089) 1243-240, Telefax (089) 1298531
ju@ju-bayern.de
www.ju-bayern.de

Koordination:
Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer (Vi.S.d.P.)

Druck:
J. Gotteswinter, München

Chefredakteur:
Thomas Breitenfellner

Redaktionelle Mitarbeit:
Katharina Eichinger, Regina Frieser, Andreas Huber, Ludwig Reicherstorfer, Alexandra Uebelhör

Bilder:
Waldhäusl (9), Robert Redinger (9), ddp (4), Florian Dittert (2), Thomas Breitenfellner (1), facesbyfrank (1), Rita Modl (1), Redaktion (13)

Satz und Layout:
textum GmbH, München

Auflage: 40 000

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte.

der bajuware erscheint vierteljährlich.

den bajuwaren erhalten alle Mitglieder der JU Bayern.

Redaktions- und Anzeigenschluss
für die nächste Ausgabe: 28. August 2011

Moderne Energie für ein modernes Land.

